



### Themen in dieser Ausgabe:

#### Zivilrecht

- IMCO-Diskussion über die Überprüfung des Verbraucheracquis
- Entschließung des Rates zur verbraucherpolitischen Strategie

#### Wirtschaftsrecht

- Studie über Verhältnis Kapitalbeteiligung - Kontrolle bei börsennotierten Gesellschaften der EU

#### Strafrecht

- EP für strategisches Konzept zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens

#### Freizügigkeit

- Umfrage zu europäischen Verhaltenskodizes

## Zivilrecht

### IMCO-Diskussion über die Überprüfung des Verbraucheracquis

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) hat am 5. Juni 2007 den [Berichtsentwurf](#) der sozialdemokratischen Abgeordneten Patrie zum [Grünbuch zur Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Verbraucherschutz](#) diskutiert. Vor dem Hintergrund, dass das Verbraucherrecht in den Mitgliedstaaten sehr zersplittert, fragmentarisch und teilweise überholt ist, ist es Ziel der Kommission, das bestehende Verbraucherrecht zu überarbeiten und gemeinsame Normen zu schaffen, um das Vertrauen in den Binnenmarkt zu stärken. Einigkeit bestand darüber, dass dieses Ziel am besten durch einen gemischten Ansatz, d. h. ein horizontales Instrument, das bei Bedarf mit vertikalen Maßnahmen kombinierbar ist, erreicht werden kann. Kernthemen waren die ungeklärte Frage des Verhältnisses eines solchen horizontalen Instruments und Kollisionsnormen (Rom I und Rom II) sowie der Umfang eines horizontalen Instruments. Es sei unabdingbar, diese Arbeiten mit denen an einem Europäischen Vertragsrecht abzustimmen und diese weder zu behindern noch vorzubelasten. Das Vertragsrecht werde Grundsätze festlegen, zu denen das Verbraucherrecht nicht im Widerspruch stehen dürfe. In diesem Sinne argumentiert auch die BRAK in ihrer [Stellungnahme](#) zum Grünbuch. Ablehnung erfuhr die im Berichtsentwurf vorgesehene Begrüßung der Einführung von Sammelklagen. Die Notwendigkeit einer solchen wird derzeit von der Kommission im Rahmen der [Verbraucherschutzstrategie](#) geprüft.

Frühere Berichte: [5/2004](#), [20/2004](#), [23/2004](#), [17/2005](#), [18/2005](#), [6/2006](#), [11/2006](#), [17/2006](#), [3/2007](#), [05/2007](#), [6/2007](#), [7/2007](#), [8/2007](#)

### Entschließung des Rates zur verbraucherpolitischen Strategie

In seiner [Entschließung](#) vom 31. Mai 2007 hat der Rat der für Verbraucherschutz zuständigen Minister die Entwicklung einer [verbraucherpolitischen Strategie](#) auf Ebene der EU befürwortet und deren Umsetzung begrüßt. Hauptziele der verbraucherpolitischen Strategie sind die Stärkung der Verbraucher, die Verbesserung des Verbraucherwohls sowie ein wirksamer Verbraucherschutz. Der Rat empfiehlt u. a. im Hinblick auf mögliche Legislativvorschläge zu Verbrauchersammelklagen, kollektive Rechtsschutzverfahren sorgfältig zu prüfen. Darüber hinaus solle besondere Aufmerksamkeit auf die Weiterentwicklung der Verbraucherpolitik und der Verbraucherschutzinstrumente im Bereich der Dienstleistungen gelegt werden, wobei der Schutz der Verbraucheranliegen bei Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie die angemessene Stärkung ihrer Interessen im Vordergrund stehen sollten.

Frühere Berichte: [5/2004](#), [20/2004](#), [23/2004](#), [17/2005](#), [18/2005](#), [6/2006](#), [11/2006](#), [17/2006](#), [3/2007](#), [5/2007](#), [6/2007](#)

## Wirtschaftsrecht

### Studie über Verhältnis Kapitalbeteiligung - Kontrolle bei börsennotierten Gesellschaften der EU

Vor dem Hintergrund des [Aktionplans zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts und Verbesserung der Corporate Governance in der EU](#) prüft die Kommission die Notwendigkeit eines Legislativvorschlags zum Grundsatz „eine Aktie – eine Stimme“. In diesem Zusammenhang wurde eine externe [Studie](#) in Auftrag gegeben, die nun veröffentlicht wurde. Inhalt der Studie ist die Frage, inwieweit bei börsennotierten Gesellschaften in der EU ein proportionales Verhältnis zwischen Eigentumsverhältnissen und Kontrolle gegeben ist. Der Studie zufolge bestehe zwar kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Abweichungen vom Proportionalitätsprinzip und dem Betriebsergebnis oder der Qualität der Führung börsennotierter Gesellschaften. Jedoch gäbe es Anzeichen dafür, dass die Anleger diese Mechanismen als negativ werten und der Auffassung sind, größere Transparenz würde ihnen ihre Anlageentscheidungen erleichtern. Die Ergebnisse werden nun in eine Folgenabschätzung der Kommission bezüglich des Legislativvorschlages zum Grundsatz „eine Aktie – eine Stimme“ einfließen, die nun anläuft und im Herbst 2007 abgeschlossen werden soll.

## Strafrecht

### EP für strategisches Konzept zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens

Vor dem Hintergrund der [Kommissionsmitteilung zur Entwicklung eines Strategiekonzepts zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität](#) hat das EP am 24. Mai 2007 eine entsprechende [Empfehlung](#) verabschiedet. Nur eine proaktive Politik ermögliche es, der organisierten Kriminalität entgegen zu treten, die bereits Nutzen aus den neuen Verkehrs- und Kommunikationsmitteln ziehen. Konkret empfiehlt das EP u. a. die Angleichung und den Erlass von strafrechtlichen Bestimmungen der Mitgliedstaaten über organisiertes Verbrechen und Terrorismus, die Vorlage von Initiativen zum Schutz von Opfern und Zeugen von Straftaten sowie eine Debatte über die Zweckmäßigkeit des Kronzeugenstatus und seiner Vereinbarkeit mit den Menschenrechten. Auch sollten legislative Maßnahmen zur Verbesserung des Informationsflusses zwischen den mit der Bekämpfung der Kriminalität befassten Akteure, u. a. bei der Erlangung und Zulässigkeit von Beweisen, ergriffen und Europol und Eurojust ein vollumfängliches Initiativrecht im jeweiligen Zuständigkeitsbereich eingeräumt werden. Das EP betont dabei, dass diese Ausweitung der Befugnisse mit der Einrichtung einer wirklichen parlamentarischen Kontrolle einhergehen müsse. Die BRAK hat sich jüngst in ihrer [Stellungnahme](#) zum [Vorschlag für einen Beschluss zur Errichtung von Europol](#) gegen die geplante Erweiterung des Aufgabenbereichs von Europol gewandt und betont, dass es zwingend der justiziellen und parlamentarischen Kontrolle von Europol bedürfe.

Frühere Berichte: [12/2005](#)

## Freizügigkeit

### Umfrage zu europäischen Verhaltenskodizes

Die Kommission hat am 30. Mai 2007 eine [Umfrage zu europäischen Verhaltenskodizes](#) eingeleitet. Hintergrund ist die [Dienstleistungsrichtlinie](#) und die dort vorgesehene Erarbeitung und Einführung von gemeinschaftsweiten Verhaltenskodizes. Die Richtlinie, die bis Ende 2009 von den Mitgliedstaaten umzusetzen ist, hat u. a. die Verbesserung der Dienstleistungsqualität zum Ziel. So soll der freie Verkehr von Dienstleistern vereinfacht und die Wahlfreiheit der Verbraucher gestärkt werden, indem ihnen im Voraus bekannte Verhaltensregeln an die Hand gegeben werden. Die Ausarbeitung der Verhaltenskodizes auf Gemeinschaftsebene soll u. a. mit Hilfe von Berufsverbänden erfolgen. Je nach Art der einzelnen Berufe sollen diese Kodizes u. a. Bestimmungen zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und des Berufsgeheimnisses in den reglementierten Berufen enthalten. Diesen Grundsätzen entspricht bereits der [Verhaltenskodex](#) des CCBE (Rat der Europäischen Anwaltschaften). Die Anhörung läuft bis zum 30. Juli 2007 und ist ausdrücklich an die Berufsorganisationen gerichtet.

Frühere Berichte: [1/2004](#), [12/2004](#), [2/2005](#), [3/2005](#), [5/2005](#), [6/2005](#), [11/2005](#), [12/2005](#), [13/2005](#), [14/2005](#), [15/2005](#), [17/2005](#), [18/2005](#), [22/2005](#), [3/2006](#), [7/2006](#), [15/2006](#), [20/2006](#), [21/2006](#), [1/2007](#)

### Impressum

[Bundesrechtsanwaltskammer](#), Büro Brüssel, Avenue de Tervuren 142-144, B-1150 Brüssel, Tel: 0032-2-

743 86 46, Fax: 0032-2-743 86 56, E-Mail: [brak.bxl@brak.be](mailto:brak.bxl@brak.be)

Redaktion und Bearbeitung: RAin Dr. Heike Lörcher, RAin Mila Otto, LL.M. und Natalie Barth  
© [Bundesrechtsanwaltskammer](#)

Der Newsletter ist im Internet unter [www.BRAK.de](http://www.BRAK.de) abrufbar und kann auch dort be- oder abbestellt werden.  
Wenn Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an [brak.bxl@brak.be](mailto:brak.bxl@brak.be).



**Nachrichten aus Brüssel**

